Lokalforderungen Fridays For Future Hildesheim

Stand: 07.08.2021



Präambel

Die Klimakrise ist die größte Bedrohung für die Menschheit und Ökosysteme im 21. Jahrhundert. Diese Aussage wird von über 15.000 Wissenschaftler:innen aus 184 Ländern gestützt, die 2017 die "World Scientists Warning To Humanity A Second Notice" unterzeichnet haben. Sie wurde 2019 bekräftigt durch die Stellungnahme der Scientists for Future, die von über 26.000 Wissenschaftler:innen allein aus Deutschland, der Schweiz und Österreich unterzeichnet wurde.

Bis 2019 hat sich die Welt laut IPCC1 im Vergleich zur vorindustriellen Zeit um circa ein Grad Celsius erwärmt, und diese Erwärmung schreitet weiter voran. Folgen der Erderwärmung und des Klimawandels sind und werden sein:

- der Anstieg des Meeresspiegels
- die Steigung der Frequenz und Intensität extremer Wetterereignisse wie
- Dürren
- Waldbrände
- Stürme
- Hochwasser

Diese extremen klimatischen Veränderungen haben katastrophale Folgen für den Menschen, die zu humanitären Katastrophen führen:

- Verletzungsopfer
- Obdachlosigkeit
- Ausbreitung von Krankheiten
- Hitzetote
- Wassermangel und Hungersnöte
- Ressourcenkriege und Massenmigration

Mit zunehmender Erwärmung begeben wir uns in immer größere Gefahr, Kipppunkte des Klimasystems unwiderruflich zu überschreiten. Schon heute verletzt der unterlassene Klimaschutz international die Menschenrechte. Es steht in unser aller Verantwortung, jetzt zu handeln!

Ein nachhaltiger Umgang mit unserem Planeten und den Ökosystemen muss Teil unserer Gesellschaft, unserer Kultur, unserer Wissenschaft und unserer Wirtschaft werden. Daher fordern wir Stadt und Landkreis Hildesheim dazu auf, unverzüglich wissenschaftlich anerkannte Maßnahmen zu ergreifen, um die Klimakrise aufzuhalten und die Lebensgrundlage künftiger Generationen nach Artikel 20a des Grundgesetzes zu schützen.

Auf internationaler Ebene bildet das Pariser Abkommen eine verbindliche Grundlage für effektive Klimaschutzpolitik, um das 1,5 °C-Ziel zu erreichen. Um die Klimakatastrophe aufzuhalten, erfordert es jedoch Veränderungen auf allen Ebenen, auch auf Landes- und Kommunalebene, sowie die Ausrichtung all unserer Sektoren auf Nachhaltigkeit. Kommunaler Klimaschutz kann einen großen Beitrag leisten, insbesondere im Verbund mit weiteren ambitionierten Städten. Klimaschutz zu unterlassen ist auch als Kommune keine Option.

Wir sehen in Hildesheim aus vielen Gründen das Potenzial, mit ambitioniertem Klimaschutz Vorreiter und Vorbild für andere Städte und Landkreise zu werden.

Hildesheim hat kreative und gebildete Menschen, zwei Hochschulen und oftmals kurze, flache Wege. Wegen seiner Größe ist Hildesheim geeignet, sowohl für größere Städte als auch für ländliche Regionen Vorbild im Klimaschutz zu sein. Auch wegen der Bewerbung Hildesheims als europäische Kulturhauptstadt sehen wir Stadt und Landkreis in der Pflicht, im Klimaschutz eine Vorreiterrolle für Städte in ganz Europa einzunehmen. Um Kulturhauptstadt zu werden, sollte Nachhaltigkeit als einzige Möglichkeit langfristiger Bewahrung Kulturguts ein Grundsatz sein. Klimaschutz ist vielen Bewohner:innen von Hildesheim ein wichtiges Thema. Das zeigt sich beispielsweise daran, dass an der Demonstration von Fridays for Future Hildesheim am 20.09.2019 4000 Menschen (Polizeiangabe) teilgenommen haben. Auch in anderen Städten und Gemeinden des Landkreises fanden bereits Fridays for Future Demonstrationen statt.

Auf dem Weg zur Bewältigung der Klimakrise gibt es viele Chancen, um Hildesheim zu einer noch lebenswerteren, nachhaltigeren Stadt zu machen. Es wird Zeit, dass wir diese Chancen nutzen.

Visionen für Hildesheim

Energie

Hildesheim bezieht seine Energie und Wärme aus erneuerbaren Quellen und wird bis 2030 klimaneutral. Dabei ist das Versorgungsnetz von Stadt und Landkreis Hildesheim an die

Herausforderungen der Energiewende angepasst und eine flächendeckende, stabile Energieversorgung sichergestellt.

Mobilität

Fahrräder, ÖPNV3 und Fußgänger:innen werden stets vor dem motorisierten Individualverkehr priorisiert. Auf Nebenstraßen wird die Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h begrenzt. Die Innenstadt ist autofrei. Der ÖPNV ist gut ausgebaut und kostenlos oder sehr günstig nutzbar. Die Fahrradmitnahme im ÖPNV ist kostenlos möglich

Bau

Alle Baumaßnahmen in Hildesheim finden unter klimafreundlichen und ökologischen Gesichtspunkten statt. Neubauten werden mit nachhaltigen Materialien und mit einer emissionsarmen Bauweise, wie Null- und Plusenergiehäuser, gebaut. Versiegelung von Flächen wird auf ein Minimum reduziert. Bestandsbauten sind klimafreundlich renoviert und stoßen weniger bis keine Emissionen aus. Renovieren von bereits vorhandenen Gebäuden steht im Vordergrund, bei Neubauten wird auf Energieeffizienz geachtet.

Ökologie und Umwelt

Hildesheimer Flächen, Fassaden und Dächer sind begrünt. Versiegelte Plätze sind in begrünte Parkanlagen umgewandelt. Der Artenschutz, insbesondere der Insektenschutz, und der Naturschutz sind als wichtiger Bestandteil des Stadtbildes berücksichtigt. Flüsse und Biotope im Hildesheimer Land sind renaturiert, besonders geschützt und in einem Biotopverbund miteinander vernetzt. Durch Neupflanzungen von Bäumen leistet Hildesheim einen emissionsmindernden Beitrag.

Ressourcen und Abfall

Hildesheim nutzt seine Ressourcen nachhaltig. Abfallprodukte werden als Rohstoff betrachtet und einem ganzheitlichen Kreislaufmanagement zugeführt. Aus Biomüll und Grünschnitt wird Biogas oder Terra Preta hergestellt. Nicht verwertbare Abfälle werden nach dem Stand der Wissenschaft entsorgt. Der entstandene Abfall wird im Kreis Hildesheim entsorgt.

Bildung und Gesellschaftliches Engagement

Hildesheimer:innen jeden Alters können sich mit kostenlosen Bildungsangeboten von Stadt und Landkreis zu Klimawandel, Nachhaltigkeit und Handlungsmöglichkeiten informieren. Lokale Umweltinitiativen werden von Stadt und Landkreis unterstützt.

Wirtschaft und Divestment

Stadt und Landkreis unterstützen Unternehmen mit kostenlosen Beratungsangeboten und finanziell dabei, ihre Emissionen zu senken und bis 2030 klimaneutral zu werden. Die

Wirtschaft ist möglichst regional ausgerichtet. Stadt und Landkreis unterstützen finanziell nur Unternehmen und Kulturangebote, die klimafreundlich sind.

Gesundheit, Adaptation und Erhöhung der Resilienz

Hildesheim ist auf die Folgen der Klimakrise vorbereitet und bietet seinen Bürger:innen den bestmöglichen Schutz vor Hitzeperioden, Wirbelstürmen, Hochwasserereignissen und Infektionskrankheiten. Das Gesundheitsamt und Krankenhäuser informieren über die gesundheitlichen Folgen der Klimakrise und bieten bestmögliche Prävention und Therapie für diese. Hildesheim bereitet sich auf die Aufnahme von Klimaflüchtlingen vor.

Maßnahmen

Verwaltung und Politik

- Stadt und Landkreis Hildesheim erkennen offiziell den menschengemachten Klimawandel als Klimakrise an und erklären dies mit dem Klimanotstand. Damit stellen sie alle Entscheidungen unter einen Klimavorbehalt.
- 2. Der Hildesheimer Stadtrat sowie der Kreistag und die Verwaltung rücken die Auswirkungen auf das Klima sowie die ökologische, gesellschaftliche und ökonomische Nachhaltigkeit bei jeglichen damit in Verbindung stehenden Angelegenheiten stärker in den Fokus. Wann immer möglich, behandeln sie jene Geschäfte prioritär, welche die Klimakrise durch Emissionssenkungen abschwächen.
- 3. Hildesheimer Stadtrat und Kreistag orientieren sich bei zukünftigen Maßnahmen zur Bekämpfung der Klimakrise an den Berichten des IPCC.
- Hildesheimer Stadtrat und Kreistag bekennen sich zum 1,5-Grad-Ziel und setzen sich aktiv auf Landes-, Bundes- und internationaler Ebene für die Einhaltung von diesem ein.
- 5. Die Klimaschutzagentur bekommt ein stärkeres Mandat im Landkreis Hildesheim.
- 6. Das für 2021/2022 geplante Klimaschutzkonzept der Stadt Hildesheim erhält oberste Priorität. Es wird von Politik und Verwaltung, unter Einbeziehung von Verbänden geplant.und zielt auf eine 1,5 Grad konforme Umgestaltung der Stadt Hildesheim. Hierfür stellt der Rat umfangreiche Mittel zur Verfügung.
- Bei Ausschreibungen und der Auftragsvergabe von städtischen Projekten sowie dem Kauf von Betriebsmitteln und Arbeitsmitteln werden sozialverträgliche Umweltschutzkriterien besonders berücksichtigt.
- 8. Der*Die Hildesheimer Bürgermeister:in ist in aktivem Austausch mit weiteren Verantwortungsträger:innen für den kommunalen Klimaschutz.

- 9. Der*Die Hildesheimer Bürgermeister:in ist in aktivem Austausch mit weiteren Verantwortungsträger:innen für den kommunalen Klimaschutz. Hierbei informieren sich die Verantwortlichen regelmäßig über ihre Klimapolitik und prüfen die Umsetzung erfolgreicher Konzepte/Ideen aus anderen Kommunen in Hildesheim. Außerdem werden bewährte Maßnahmen aus Hildesheim mit anderen Kommunen geteilt (bsp. Hilde-Lastenradverleih)
- 10. Alle Gebäude von Stadt und Landkreis und aller Bereiche und Institutionen in ihrem Einflussbereich werden mit 100% erneuerbaren Energien versorgt. Das umfasst neben der Stromversorgung auch die Beheizung der Gebäude.
- 11. Die Stadt bemüht sich bei der Versorgung mit erneuerbarer Energie für Strom und Heizungen den Anteil der Biomasse/des Biogases möglichst gering zu halten, da diese nicht nur in der Energieerzeugung eine Rolle spielen, sondern auch für CO2-Senken und klimaneutrale Mobilität benötigt werden, aber nur begrenzt zur Verfügung stehen.

Mobilität der Verwaltung

- Die Stadt, der Landkreis und die städtischen Beteiligungen verfügen über einen minimalen, klimaneutralen Fuhrpark aus vor allem Fahrrädern/Lastenrädern. Mitarbeitende der Stadt werden dazu angehalten möglichst häufig die Dienstfahrräder zu nutzen. Fahrzeuge, die für den Fuhrpark nicht mehr benötigt werden, werden einem städtischen Carsharing-System, vor allem in den äußeren Stadtteilen zur Verfügung gestellt.
- 2. Dienstreisen der Angestellten von Stadt, Landkreis und städischen Beteiligungen erfolgen überwiegend mit öffentlichen Verkehrsmitteln. Die Stadt stellt Angestellten aufgrund ihrer Aufgaben viel in Stadt und Landkreis unterwegs sind, Jahreskarten für den SVHI/RVHI zur Verfügung, Angestellte, die regelmäßig Dienstreisen außerhalb von Hildesheim unternehmen, bekommen eine BahnCard50 zur Verfügung gestellt.
- 3. Festlegung einer Reglementierung zum Verbot von Dienstreisen per Flugverkehr für alle Mitarbeiter:innen von Stadt und Landkreis im Inland und in Nachbarländer.
- 4. Für alle Dienstreisen dieser Angestellten erfolgt CO2-Kompensation.

Energie

 Stadt und Landkreis Hildesheim beschleunigen die klimafreundliche Gestaltung des Versorgungsnetzes auf regionaler Ebene. Dazu treiben die Stadtwerke den Ausbau des Fernwärmenetzes sowie die Kapazitäten für Erdwärme in Hildesheim soweit voran, dass möglichst bis 2030 sämtliche Gebäude in Stadt und Landkreis klimaneutral geheizt werden können. Damit das realistisch ist, wirbt die Stadt über die kommunalen Spitzenverbände um Hilfe des Bundes.

- 2. Der Bau von Solaranlagen wird auf allen öffentlichen Gebäuden und Strukturen, sowie auf Gebäuden und Strukturen in kommunaler Trägerschaft und Gebäuden und Strukturen städtischer Beteiligungen vorangetrieben. Dies kann auch durch Vermietung oder kostenlose Bereitstellung der Dachflächen an die EVI geschehen. Bis Mitte 2022 sollten alle genannten Dächer einmal auf Tauglichkeit für Solaranlagen geprüft worden sein. Wenn die Prüfung positiv ausfällt, sollte eine entsprechende Anlage schnellstmöglich installiert werden.
- 3. Bereitstellung von finanziellen Mitteln für die Verwendungszwecke:
 - Bau von Solaranlagen und Solarspeichern
 - Bau von Windkraftanlagen
 - Bau von Solarthermieanlagen und Wärmepumpen
- 4. Stadt und Landkreis schreiben weitere Flächen für die Errichtung von Windkraftanlagen aus. Hierfür können auf Landschaftsschutzgebieten der Status aberkannt werden.
- 5. Stadt und Landkreis schaffen gemeinsam mit EVI ein Anreizsystem für Wärmepumpen und Erdwärme in Privathaushalten, die nicht bis 2030 an das Hildesheimer Fernwärmenetz oder ein anderes bis dahin möglicherweise bestehendes Fernwärmenetz angeschlossen werden können.

Mobilität

- 1. Die Stadt führt auf sämtlichen Nebenstraßen eine Geschwindigkeitsbegrenzung von Tempo 30 ein, wie es sich bereits in spanischen Städten bewährt hat.
- 2. Sollte eine Hauptstraße zu schmal sein, um einen Radweg (falls der noch nicht vorhanden ist) hinzuzufügen, wird dort ebenfalls die Höchstgeschwindigkeit auf 30 km/h reduziert, sodass Auto und Radmobilität sicher koexistieren können.
- 3. Die Stadt erweitert schrittweise autofreie Zonen und schafft Fahrradstraßen, sodass die Innenstadt perspektivisch bis 2030 autofrei sein kann.
- Im ersten Schritt werden alle Straßen die von folgender Linie eingeschlossen werden autofrei: Bahnhofsallee, Zingel, Schuhstraße, Kardinal-Bertram-Strasse, Bischof-Jansen-Strasse. Eine Ausnahme bildet die Kaiserstraße.
- In einem zweiten Schritt werden weitere autofreie Gebiete rund um die Hildesheimer Schulen, die rund um dieses Gebiet liegen geschaffen, das betrifft die katholischen Schulen zwischen Schuhstraße und Bernwardskrankenhaus, sowie das Goethegymnasium bis hin zum Neustädter Markt. Außerdem wird die Autofreie Zone auf der anderen Seite der Kardinal-Bertram-Straße im Michaelisviertel erweitert.
- Der Rat beauftragt die Verwaltung über diese Gebiete hinaus weitere Schritte zu planen, um den motorisierten Individualverkehr durch öffentlichen Personennahverkehr, sowie Rad- und Fußverkehrweitestgehend zu ersetzen.

Fahrradmobilität und -attraktivität

- 1. Stadt und Landkreis Hildesheim erkennen, wie dringlich ein Mobilitätskonzept umgesetzt werden muss, bei dem der Umweltverbund (Radfahrer:innen, Fußgänger:innen, ÖPNV) gegenüber dem motorisierten Individualverkehr aus Klimaschutz-, Umweltschutz-, Gesundheitsschutz- und Sicherheitsgründen sowie der Verbesserung des Stadtbildes und Senkung sozioökonomischen Kosten bevorzugt berücksichtigt wird. Hierzu wird der Integrierte Verkehrsentwicklungsplan der Stadt Hildesheim (IVEP) deutlich nachgeschärft und an das Ziel der Klimaneutralität bis 2030 angepasst. Auch die Umsetzung bereits bestehender Konzepte, wie dem Hildesheimer Radwegekonzept wird erheblich beschleunigt.
- 2. In jeder Straße wird die Möglichkeit des sicheren, komfortablen Radfahrens geschaffen. Wo gemeinsame Fuß- und Radwege schmaler als zwei Meter sind, wird auf der Straße ein Radweg ausgewiesen, indem beidseitig ein mindestens ein Meter breiter Radstreifen bzw. ein mindestens zwei Meter breiter zweispuriger Radstreifen entsteht oder die Straße zu einer Fahrradstraße wird. Sofern dies nötig ist, wird die Straße zugunsten der Radwege einspurig oder zu einer Einbahnstraße.
- 3. Mängel an Radwegen, auch wenn sie nur den Komfort betreffen, werden nach dem Winter systematisch erfasst und spätestens im selben Jahr beseitigt.
- 4. Förderung kostenloser Ausleihsysteme von nicht motorisierten Fortbewegungs- und Transportmitteln.
- 5. Ampelschaltungen werden an das Tempo von Fahrradfahrer:innen angepasst.
- 6. Die Stadt und die Gemeinden im Landkreis bauen sichere Fahrradstellplätze flächendeckend aus.
- 7. Die Fahrradmitnahme im Nahverkehr ist nach der Neuvergabe kostenlos möglich.
- 8. Vergehen gegen Radfahrer:innen, Fußgänger:innen und den ÖPNV (wie z.B. Zuparken von Radwegen) werden verstärkt kontrolliert und geahndet.

Öffentlicher Personennahverkehr (ÖPNV)

- 1. Die Stadt arbeitet darauf hin, den SVHI so schnell wie möglich aus der Eigenwirtschaftlichkeit zu befreien.
- 2. Sobald das gelungen ist wird der ÖPNV in der Stadt umfassend subventioniert und ausgebaut, damit er schnellstmöglich kostengünstiger und attraktiver ist, als das Autofahren.

- 3. Außerdem werden Taktung und Linien so angepasst, dass der SVHI bis 2030 ein attraktiver Grundstein für eine autofreie Innenstadt sein kann.
- 4. Mitnahme von Fahrrädern ist in allen Bussen der in Stadt und Landkreis kostenfrei möglich
- 5. Kurzfristig wird ein 365€ Ticket eingeführt, dass auch monatlich bezahlt werden kann.
- 6. Das 365 Euro Jahresticket soll nur eine temporäre Zwischenlösung zum möglichst bald zu realisierenden kostenlosen Nahverkehr sein.
- 7. Es werden möglichst keine neuen Linienbusse mit Verbrennungsmotoren eingesetzt, gleichzeitig wird auf klimafreundlichere Alternativen umgerüstet.
- 8. Auch Schüler:innen der Oberstufe erhalten Busfahrkarten, wie in der Mittelstufe.

Automobilität

- Großräumige Umwidmung von Parkplätzen für Autos in Fahrradparkplätze und Fahrradwege. Neu gewonnene Flächen werden, wie in Ökologie und Umwelt beschrieben, in Grünanlagen umgewandelt.
- 2. Parken in Hildesheim erhält einen Mindestpreis, sodass die Parkgebühren in Hildesheim höher sind, als eine An- und Abreise mit dem ÖPNV:
- 3. E-Ladesäulen werden vor allem in Landkreis und den äußeren Stadtteilen ausgebaut. Ein besonderer Fokus wird schon jetzt auf die Stellen gesetzt, an denen Park- and-Ride-Parkplätze für die autofreie Innenstadt entstehen.

Güterverkehr

- 1. Die Stadt unterstützt auf Landes- und Bundesebene Maßnahmen, mit denen mehr Güterverkehr von LKWs auf Schienenverkehr umgelagert wird.
- 2. Bis 2030 wird sämtlicher Güterverkehr auf CO2-neutrale Transportmittel umgestellt.

Ernährung

- 1. Förderung und Unterstützung von nachhaltigen Projekten wie dem Foodsharing.
- 2. Förderung von regionalen Erzeugermärkten, zum Beispiel durch den Ausbau der Erreichbarkeit und eine deutliche Reduzierung der Standgebühren sowie ein Marktangebot zu unterschiedlichen Tageszeiten, sodass auch Vollzeitarbeitende regionale Produkte erwerben können.

- 3. Förderung von Bio-Bauern:Bio-Bäuerinnen, solidarischer Landwirtschaft und Kleinbauern:Kleinbäuerinnen.
- 4. Förderung von fairen, regionalen Läden und Unverpackt-Läden.
- 5. Förderung von Fairteil-Systemen, wie dem Nordstadt-Fairteiler in Stadt und Landkreis.
- 6. Förderung von Urban-Gardening Projekten in Stadt- und Landkreis.

Bau

- 1. Neubauprojekte von Stadt und Landkreis Hildesheim werden nach den Standards des ökologischen Bauens, z.B. nachhaltiger Holzbauweise, erstellt. Hierbei muss insbesondere auch versucht werden, auf emissionsreichen Zement zu verzichten.
- 2. Jeglicher Neubau wird emissionsarm.
- 3. Förderung von grünen Fassaden und Dächern, kombiniert mit Photovoltaikanlagen.
- 4. Begrünung durch das Anlegen von Grünflächen und Pflanzkübeln auf allen öffentlichen Plätzen.
- 5. Stadt und Landkreis setzen sich für eine Reform der Niedersächischen Bauordnung nach ökologischen Kriterien ein.
- 6. Die Stadt verschärft die Leitlinie für die B-Planfestsetzung, sodass diese weniger Spielraum für Interpretation und Ausnahmen bietet.
- 7. In Stadt und Landkreis werden möglichst wenige Gebäude abgerissen. Vor einem Abriss prüfen Stadt oder Landkreis eine Übernahme, eigenwirtschaftliche Renovierung und Weiterverwendung des Gebäudes.
- 8. Bei Sanierungen an Straßen, öffentlichen Gebäuden etc. achten Stadt und Landkreis darauf, mit möglichst wenig Zement auszukommen. Generell wird möglichst viel saniert und möglichst wenig neu gebaut.

Ökologie, Umwelt und Biodiversität

- 1. Die Stadt wandelt möglichst viele Flächen in Grünflächen, Parks und Pocketparks um.
- 2. Verzicht auf Erschließung neuer Stadtteile oder Industrie-Gewerbegebieten auf Grünoder Waldflächen.

- 3. Die Satzung zum Schutz von schützenswerten Landschaftsbestandteilen wird überarbeitet. Darin werden insbesondere der Schutz von CO2-bindenden Ökosystemen und die Anpassung der Forstpolitik von Stadt und Landkreis an eine 1,5 Grad wärmere Erde eingearbeitet.
- 4. Unterstützung und Beteiligung an Aufforstung, sowohl auf kommunaler als auch auf Bundesebene.
- 5. Stadt und Landkreis begrünen Bushaltestellen, Dach- und Wandflächen, möglichst mit gleichzeitiger Nutzung zur Solarenergiegewinnung.
- 6. Der Landkreis Hildesheim setzt sich für eine Änderung des Bundeswaldgesetzes zugunsten natürlicher Wälder und Wildnis ohne wirtschaftlicher Nutzung und mit umfassenden Wiederaufforstungen ein.
- 7. Bestehende Grünstreifen werden in blühende Wiesen mit dazu aufgestellten Insektenhotels und, falls möglich, Bäumen umgewandelt.
- 8. Die Stadt Hildesheim und die Städte des Landkreises pflanzen so viele Stadtbäume wie möglich.
- 9. Stadt und Landkreis minimieren nächtliche Energieverschwendung durch den Verzicht auf nächtliche Beleuchtung eigener Liegenschaften.
- 10. Ganzjähriges Verbot von privatem Feuerwerk in Stadt und Landkreis Hildesheim.
- 11. Stadt und Landkreis setzen auf eine schonende Pflege von Grünstreifen entlang von Radwegen und Straßen. Statt großflächigen Rodungen (wie bisher) halten sich Stadt und Landkreis zurück und entfernen nur Pflanzen, die den Verkehr tatsächlich spürbar beeinträchtigen.
- 12. Die Stadt und der Landkreis schaffen neue CO2-Senken.

Ressourcen und Abfall

- 1. Stadt und Landkreis fordern von lokalen Abfallunternehmen eine Steigerung der Recyclingquote, welche perspektivisch bis 2030 nahezu 100% betragen soll.
- 2. Stadt und Landkreis Hildesheim und alle Bereiche und Institutionen in ihrem Einflussbereich verzichten auf vermeidbare Kunststoffprodukte.
- 3. Wo es sinnvoll einzusetzen ist, wird zukünftig Terra Preta hergestellt und angewandt.
- 4. Es werden Anreize zur Müllreduzierung und zu besserem Recycling für die Bürger:innen geschaffen.
- 5. Die Stadt fördert und unterstützt die Nutzung von Biomüll zur erneuerbaren Energieerzeugung (Biogas, Nah- und Fernwärme)

- 6. Stadt und Landkreis unterstützen Repaircafes, Flohmärkte, Second-Hand- und Unverpacktläden.
- 7. Mitarbeitende von Stadt und Landkreis, die in Hildesheim die Pflege der Grünflächen machen, werden angewiesen den in diese Flächen hineingewehten Müll mitzunehmen und von Stadt und Landkreis entsorgen zu lassen.
- 8. Die Stadt erkennt an, dass insbesondere in ihren Grünflächen an den großen Straßen ein großes Müllproblem vorliegt und unterstützt Aktionen zur Säuberung dieser Flächen in Zusammenarbeit mit lokalen Umweltverbänden.
- Die Stadt und der Landkreis prüfen, ob es Möglichkeiten für Sanktionsmaßnahmen für Geschäfte, auf die besonders viel Müll zurückzuführen ist, der nicht fachgerecht entsorgt wurde.

Bildung

- 1. Jedes Jahre wird Schulen eine Klimaschutzwoche angeboten, welche in Kooperation mit der Politik, der Wissenschaft und regionalen Klima- und Umweltschutzvereinen stattfindet. Ziel ist es, dass die Schülerinnen und Schüler sowohl die theoretischen, wissenschaftlichen und soziokulturellen Grundlagen der Klimakrise und der Umweltzerstörung sowie nötige Klimaschutzmaßnahmen, als auch Möglichkeiten, sich regional zu engagieren und zu sehen, wie die Kommunalpolitik mit diesem Thema umgeht, kennenlernen.
- 2. Kommunalpolitiker:innen und Angestellte von Stadt und Landkreis bilden sich über den aktuellen wissenschaftlichen Konsens über die Klimakrise fort.
- 3. Es finden öffentliche, kostenlose Informationsveranstaltungen über die Klimakrise statt.
- 4. Es finden Informationsveranstaltungen über Klimaschutz im Alltag, nachhaltige Ernährung sowie Kochkurse für vegetarische und vegane Gerichte in Schulen und weiteren Bildungseinrichtungen statt.
- 5. Die Stadt und der Landkreis bewerben aktiv öffentliche Bildungsveranstaltungen der Universität Hildesheim und der HAWK zu Themen rund um den Klimawandel.
- 6. Die Stadt und der Landkreis unterstützen aktiv Projekte der Studiengänge Umweltund Nachhaltigkeitsbildung und Umweltsicherung der Universität Hildesheim.

Gesellschaftliches Engagement

1. Die Stadt stellt einen Förderungstopf für Klima- und Umweltschutz zur Verfügung, welcher jährlich 75.000 Euro für Projekte, Materialkosten, sowie Personalkosten,

welche den Klimaund Umweltschutz in Hildesheim fördern, enthält. Der Topf wird öffentlich beworben und unkompliziert zugänglich gemacht.

Wirtschaft und Divestment

- 1. Die Stadt initiiert ein Projekt zur Steigerung der Energieeffizienz: Hildesheim unterstützt lokale Unternehmen und Firmen bei der Verbesserung ihrer Energieeffizienz durch Energieverbrauchsanalysen und durch Beratungsangebote zur Finanzierung, Umsetzung und Instandhaltung energiesparender Maßnahmen.
- 2. Unterstützung von klimafreundlichen Startups, insbesondere Bürger:innenunternehmen, zur Schaffung von neuen, innovativen und klimafreundlichen Arbeitsplätzen.
- 3. Hildesheim investiert nicht in klimaschädliche Unternehmen, weder durch eigene Aktien noch indirekt über z.B. nicht nachhaltige Bankkonten.
- 4. Stadt und Landkreis unterstützen finanziell nur Unternehmen und Kulturangebote, die Maßnahmen zur Emissionsminderung vornehmen, die realistisch zu Klimaneutralität in 2030 führen.

Gesundheit, Adaptation und Erhöhung der Resilienz

- Um die Visionen (s.o.) der Adaptation und Resilienz der Bevölkerung für die eintretenden Klimakrisenfolgen zu erreichen, arbeiten Stadt und Landkreis mit Gesundheitsamt, Krankenhäusern und Ärzten zusammen. Die Stadtbauplanung (Schatten, Wasserspender,...) wird auch maßgeblich mit dem Ziel der größtmöglichen Resilienz durchgeführt.
- 2. Hildesheim bereitet sich darauf vor, Menschen, die vor dem Klimawandel fliehen aufzunehmen und zu integrieren.